

Beratungs- und Investitionsfonds zum Ozonschutz (Ozon-Fonds)

Global/Überregional, Global/Überregional, 2010

Eckdaten			
Land/Region	Global/Überregional, Global/Überregional		
Ländereinordnung	Global/regional		
Summe	- (Zuschuss)	davon „Klima“-Anteil	1 975 000 €
Finanziert über	BMZ	Finanzierungsinstrument	allgemeine FZ/TZ (bilateral)
Jahr	2010	Projektzeitraum	keine Angabe
Sektor	Minderung		
Projektträger	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Eschborn		
Projektpartner			
Anrechnung auf	X	0,7% - Ziel der Entwicklungszusammenarbeit	
	O	Fast-Start-Zusage 2010-2012	
	O	Biodiversitätszusage 2009	
	O	Beitrag zur l'Aquila Zusage für Ernährungssicherheit	

In enger Abstimmung mit den Zielgruppen entwickelt die GIZ Alternativen für einen in sozialer, ökologischer und ökonomischer Hinsicht verträglichen Ausstieg aus der Produktion und dem Verbrauch von ozonzerstörenden Substanzen (ODS). Dabei werde Pilotprojekte durchgeführt und Vorschläge bei Interessenkonflikten oder bei Abstimmungsbedarf zwischen Regierung und Industrie sowie für den endgültigen Ausstieg (Terminal Phase Out) in den Partnerländern erarbeitet. Durch die regionale Vernetzung des Vorhaben werden Synergien genutzt. Das Spektrum der Leistungen umfasst sowohl Beratungs- als auch Kommunikationsangebote: 1) Politikberatung auf internationaler Ebene; 2) Beratung auf regionaler und nationaler Ebene; 3) Unternehmensberatung; 4) Umweltberichterstattung; 5) Fortbildungen und Öffentlichkeitsarbeit.

Entwicklungspolitische Analyse

Über die Klimafinanzierung geförderte Maßnahmen müssen auch entwicklungspolitischen Kriterien genügen. Für Maßnahmen, die im Zeitraum 2010-2012 bewilligt wurden, haben wir öffentlich verfügbare Projektbeschreibungen danach untersucht, ob einige ausgewählte Aspekte bei der Formulierung von Zielen und Maßnahmen explizit berücksichtigt wurden.

[...weiterlesen](#)

Diese Maßnahmen:

tragen zu langfristigem Klimaschutz und zur Erreichung des 2°-Ziels bei

tragen explizit zur Armutsbekämpfung bei

beteiligen die lokale Bevölkerung/Zivilgesellschaft

berücksichtigen explizit den Schutz der Menschenrechte

haben Gender-Aspekte integriert

berücksichtigen schutzbedürftige Gruppen bei Anpassungsmaßnahmen

Quellenangaben:

keine Projektbeschreibung verfügbar, Februar 2015

zuletzt aktualisiert: 25.02.2015